



## Für ein anderes Europa mit LINKS

### > Am 25. Mai wählen gehen

Entscheidungen in der Europäischen Union haben wachsenden Einfluss auf die Politik und das Leben jeder und jedes Einzelnen hierzulande. Zugleich entziehen sich die Institutionen der EU in starkem Maß der Mitbestimmung und Kontrolle durch die Bürgerinnen und Bürger Europas. Selbst das Europäische Parlament ist in seinen Befugnissen stark eingeschränkt.

Aber gerade deshalb ist die Europawahl von großer Bedeutung. Denn es braucht auf europäischer Ebene eine starke linke Stimme, die die Demokratisierung der Europäischen Union und eine andere Politik einfordert und vorantreibt. Eine Politik, die für europaweite soziale Mindeststandards, etwa einen europäischen Mindestlohn, sorgt und die Abwärtsspirale des Sozial- und Lohndumpings stoppt. Eine Politik, die zum Ziel hat, die Spekulationsgeschäfte der Banken und Konzerne zu stoppen – statt ihre Verluste zu den Schulden der

Mitgliedstaaten zu machen. Wir setzen uns für einen menschenwürdigen Umgang mit all Jenen ein, die vor Krieg und Not nach Europa flüchten.

Ein Erfolg der europäischen Linken ist zugleich ein Signal, dass die Menschen eine friedliche und auf Kooperation statt Konfrontation ausgerichtete Außenpolitik wollen, eine kollektive Sicherheit unter Einschluss Russlands. Nicht zuletzt ist eine hohe Wahlbeteiligung bei der Europawahl das beste Mittel, um den Einzug von Vertretern rechtsextremen und rechtspopulistischen Parteien ins EU-Parlament zu verhindern oder wenigstens zu begrenzen.

Deshalb lasst uns bis zur Europawahl am 25. Mai engagiert um möglichst viele Stimmen für DIE LINKE werben! Damit der Ruf nach einem anderen, einem solidarischen, demokratischen und sozialen Europa unüberhörbar wird.

Außerdem: Am 25. Mai mit Ja für 100 % Tempelhof und mit Nein zu den

### Schwerpunktthema

- > **BVV diskutiert über Pfefferspray**  
... weiter auf Seite 2
- > **Gesobau attackiert Mieterprotest**  
... weiter auf Seite 3
- > **Milieuschutz für Investoren**  
... weiter auf Seite 3
- > **Chemiewaffen werden vernichtet**  
... weiter auf Seite 4
- > **Freihandelsabkommen stoppen**  
... weiter auf Seite 5
- > **Europa geht sozial**  
... weiter auf Seite 5
- > **Teddy2Null**  
... weiter auf Seite 6
- > **100 % Tempelhof**  
... weiter auf Seite 7

Privatisierungsplänen der großen Koalition stimmen.

**Klaus Lederer**  
**Landesvorsitzender DIE LINKE Berlin**

> **Liegenschaften auf Eis**

Bei gleich mehreren wichtigen Immobilien-Themen, zum Beispiel der Zukunft des Atelierhauses in der Prenzlauer Promenade oder des Kulturareals im Thälmannpark, ruhen derzeit die Vorgänge. Solange der Senat seine neue Liegenschaftspolitik nicht festlegt, kann der Bezirk nicht handeln.

> **Keine Bewaffnung**

Gegen die Stimmen der CDU-Fraktion hat die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow mit dem gemeinsamen Antrag von SPD, Grünen, Linksfraktion und Piraten den populistischen und destruktiven Bestrebungen des Bezirksstadtrats Kühne (CDU) eine Abfuhr erteilt, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Parkraumbewirtschaftung mit Schlagstöcken und Pfefferspray auszustatten. Das Ordnungsamt solle sich als Dienstleister für die Bürgerinnen und Bürger (und nicht als Stadtpolizei) verstehen.

> **Homer bleibt Grieche**

Erneut demonstrierten Eltern, Kinder und Lehrkräfte der Homer-Grundschule für den Erhalt des Grundschulzweiges deutsch-griechisch an der einzigen Europa-Grundschule Pankows. Die Linksfraktion fordert eine bessere Informationspolitik der Senatsverwaltung bei derartigen Weichenstellungen, die die echte Einbeziehung der zuständigen Gremien und der Betroffenen sichert.

> **Informationen für EU-BürgerInnen**

Dringend notwendig ist eine verbesserte Information für EU-Bürgerinnen und -Bürger über den Zugang zu existenzsichernden Leistungen. Die Linksfraktion wird diesen Antrag nun in drei Ausschüssen der BVV vorstellen und beraten lassen.

Einladung BVV-Sitzung

am 21. Mai 2014

> 23. Tagung der BVV Pankow

17:30 Uhr, wie immer im BVV Saal in der Fröbelstraße 17

# Von Mieterprotest und Pfefferspray

> **Taktische Debatten prägten die BVV im April**

Es sei eine lebhaft und interessante Tagung gewesen, meinte die Stadträtin Christine Keil nach Ende der Tagung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) am 2. April. Ob dies an der Information des Bürgermeisters lag, Pankow habe das Haushaltsjahr 2013 mit einem positiven

Streitbeilegung den Vorzug zu geben. Ein breiter Konsens, allerdings ohne die Stimmen der CDU, ermöglichte es, Stadtrat Kühnes Treiben Einhalt zu gebieten.

Leider fand sich ein solcher mehrheitlicher Konsens trotz anderslautender gebetsmühlenartiger Beteuerungen

von SPD oder Grünen weder zum Dringlichkeitsantrag der Linksfraktion zur Zurückweisung der Gesobau-Kampagne gegen den Pankower MieterInnenprotest noch zur Forderung nach dem Erhalt des Griechisch-Zweiges der Homer-Grundschule, einer von nur zwei Europaschulstandorten in Pankow, sowie zum Antrag zur Rück-

nahme der Kündigung des Kieztreffs Gleimviertel. Klare Bekenntnisse der BVV scheitern so wiederholt an eingetübter rot-grüner Taktik. Anträge werden in die Ausschüsse überwiesen und dort so lange zerfasert, bis sie nicht mehr wiederzuerkennen sind oder über manche Angelegenheit im wahrsten Sinne des Wortes „Gras gewachsen ist“.

Das ist nicht nur für die auf Unterstützung hoffenden anwesenden Bürgerinnen und Bürger frustrierend. Sondern es steht im Widerspruch zu einer öffentlich erklärten Bezirkspolitik, die sich eigentlich um den Erhalt einer vielfältigen Bewohnerstruktur und deren sozialen Zusammenhalt sowie um ein aktives Gemeinwesen bemühen will.

**Ines Pohl**  
Bezirksverordnete



BVV lehnt Pfefferspray für Parkraumüberwacher ab.

Jahresergebnis abgeschlossen, darf bezweifelt werden. Vielmehr brachte eine aktuelle Stunde zum Thema „Pankower Milieuschutz für Investoren, nicht für Mieter“ und die Auseinandersetzung um angekündigte exorbitante Mietsteigerungen in der Kopenhagener Straße 46 die Gemüter in Wallung.

Nicht gerade besänftigend wirkte auch die später folgende Debatte um Äußerungen des CDU-Stadtrates Kühne bezüglich einer möglichen Pfefferspray- und Schlagstockausrüstung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Parkraumüberwachung. So, wie er sich mit seiner „Straßensheriff“-Idee vor kurzem nicht durchsetzen konnte, schaffte er es glücklicherweise auch dieses Mal nicht, die BVV davon zu überzeugen, brachialen Strategien der Konfliktbearbeitung vor der Weiterbildung des Personals und notwendiger verbaler



# Milieuschutz für Investoren, nicht für Mieter

## > Luxusmodernisierung am Falkplatz

Unter diesem Titel fand auf Antrag der Linksfraktion in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) am 2. April eine aktuelle Stunde statt. Anlass waren die Vorgänge um das Haus Kopenhagener Straße 46 im Milieuschutzgebiet Falkplatz. Das Bezirksamt hat hier Mitte März eine milieuschutzrechtliche Genehmigung für eine Modernisierung dieses 100 Jahre alten Hauses erteilt,

Mieter machen dagegen immer wieder die Erfahrung, dass das Amt keinerlei Interesse am Schutz der Bewohner vor „Verdrängungs-Modernisierungen“ hat. In der Debatte wiesen SPD und Grüne die grundsätzliche Kritik an der Genehmigungspraxis des Bauamtes des grünen Stadtrates Kirchner zurück und stellten befriedigt fest, dass es seit der Neuausrichtung der Genehmigungspra-



In der Straßburger Straße werden sanierte Wohnungen abgerissen.

deren außergewöhnlich hoher Standard zu Mietsteigerungen nach Modernisierung von bis zu 300 Prozent und Mieten von 14 bis 18 Euro je m<sup>2</sup> führen soll.

Bewohner des Hauses erhielten auf Antrag der Linksfraktion Rederecht. Sie schilderten ihre Lage und fragten die BVV und das Bezirksamt: Warum eine Luxusmodernisierung in einem Milieuschutzgebiet genehmigt wird? Was nutzt der Milieuschutz, wenn für sie als Mieter damit offenbar keinerlei Schutz vor Verdrängung verbunden ist.

Die Linksfraktion machte deutlich, dass das kein Einzelfall ist. Sie bereits vor einem Jahr in der BVV die Vorgänge um die Gleimstraße 52 als „Mentekel“ für das Versagen des Bezirksamtes in der Genehmigungspraxis in den Milieuschutzgebieten bezeichnet. Immobilienspekulanten hätten in Pankow kaum Einschränkungen zu befürchten. Die

xis keinerlei gerichtliche Auseinandersetzung mehr gegeben habe. Kein Wunder, wenn das Amt alles genehmigt, was die Investoren beantragen. Die Mieter haben kein Klagerecht.

In der gleichen Tagung der BVV wurde die Festsetzung von fünf neuen großen sozialen Erhaltungsgebieten nach § 172 Absatz 1, Satz 1 Nr. 2 Baugesetzbuch beschlossen. Damit stehen alle Gründerzeitquartiere des Prenzlauer Berges unter Milieuschutz. DIE LINKE hat dies stets befürwortet. Nur stellt sie heute zugleich den Nutzen in Frage, wenn sich grundsätzlich etwas an der investorenfreundlichen

Genehmigungspraxis des Bauamtes Pankow nicht ändert.

**Michail Nelken**  
Bezirksverordneter



# Gesobau attackiert Mieterinitiative

Seit Monaten hält die Mieterinitiative Pankower Mieterprotest Politiker und die städtische Wohnungsbaugesellschaft Gesobau in Atem. Es geht den Mietern aus 14 Häusern um eine sozialverträgliche Durchführung der angekündigten umfassenden Sanierungsmaßnahmen. Sie sollen auf das Erforderliche und damit der Mietanstieg auf das für die Mieter Tragbare begrenzt werden. Nach wirkungsvollen Protesten schlossen die Gesobau und das Bezirksamt unter Mitwirkung der Mieterinitiative und der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) eine Rahmenvereinbarung ab.

DIE LINKE kritisierte die Vereinbarung als unzureichend. Der Gesobau ist diese aber offenbar zu weitgehend. In einem Mieterrundschreiben denunziert sie die Mieterinitiative als Querulanten. Die Gesobau stellt zugleich ultimativ klar, dass es trotz der Vereinbarung keinerlei Diskussionen über und Abstriche an ihrem Bauprogramm geben werde.

Die Linksfraktion hat in die letzte BVV einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, mit dem die BVV das Vorgehen der Gesobau entschieden zurückweisen sollte. Das war SPD und Grünen zuorsch. Sie überwiesen mit ihrer Mehrheit den Antrag in den Bauausschuss, wohin die Gesobau-Geschäftsführung eingeladen wird. Ihnen sind die „guten Beziehungen“ zur Gesobau wichtiger als eine entschiedene Positionierung auf Seiten der Mieter.

DIE LINKE Pankow sieht dagegen im Agieren der Gesobau einen Ausdruck des wohnungspolitischen Versagens des Senats bei der Führung der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften.

**Michail Nelken**  
Bezirksverordneter



# Für eine starke UNO

## > **Syrische Chemiewaffen werden vernichtet**

Am 9. April haben erstmalig Mitglieder unserer Fraktion im Bundestag für einen Militäreinsatz von Bundeswehrosoldaten gestimmt. Gemeinsam mit Katrin Kunert, Dietmar Bartsch, Roland Claus und Michael Leutert votierte ich für eine Beteiligung am maritimen Begleitschutz bei der Hydrolyse syrischer Chemiewaffen an Bord der CAPE RAY. Weitere 18 Abgeordnete unserer Fraktion, unter ihnen Gregor Gysi, haben sich der Stimme enthalten. Ich respektiere viele Argumente derer, die dem Mandat nicht ihre Zustimmung erteilt haben, bin aber persönlich zu einem anderen Schluss gekommen.

Ich halte den Schutz der Zerstörung von Massenvernichtungswaffen für den besten Auftrag, den eine Armee erfüllen kann. Als am 27. September 2013 der UN-Sicherheitsrat einstimmig die Resolution 2118 für

die Ausfuhr und die Vernichtung der Chemiewaffen aus Syrien verabschiedete, ist eine weitere Eskalation des Bürgerkriegs verhindert worden. Auch die angekündigte Intervention der USA konnte so vermieden werden.

Die UN haben alle Mitgliedsstaaten um Hilfe bei der Beseitigung der Chemiewaffen gebeten. Dänische Schiffe bringen die Waffen unter dem Schutz russischer und chinesischer Schiffe nach Italien, dort werden sie auf die US-amerikanische CAPE RAY verladen. Die Bundesrepublik steht in besonderer Verantwortung, denn die Auslieferung von Dual-Use-Gütern, die zur Herstellung von Chemiewaffen genutzt werden können, an Syrien, das zu diesem Zeitpunkt die Chemiewaffenkonvention nicht ratifiziert hatte, war falsch.

Ich bin für eine konsequente Abrüstung von Massenvernichtungswaffen,

## **Wahlkreisbüro Stefan Liebich**

**Breite Straße 11 A  
13187 Berlin-Pankow**

(gegenüber der Alten Pfarrkirche)  
**Ansprechpartnerin: Gabi Kuttner  
stefan.liebich@wk.bundestag.de  
Tel.: 030.499 87 408**



eine starke UNO und eine strikte Einhaltung des Völkerrechts.

Daher habe ich dem Antrag der Bundesregierung zugestimmt.

**Stefan Liebich  
Mitglied des Bundestages**

## **Kurz aus dem Kiez**

### > **Planetarium wird saniert**

Das 1987 eröffnete Zeiss-Großplanetarium wird seit April 2014 für ca. ein Jahr saniert. Die Kosten werden sich auf 13 Millionen Euro belaufen. Nach der Sanierung soll das Planetarium werden, was es schon einmal bei seiner Eröffnung war: eins der modernsten in Europa.

### > **Geld beantragen**

Bis 15. Mai können ehrenamtliche Initiativen und Projekte, die die öffentliche Infrastruktur in Pankow verbessern wollen, finanzielle Unterstützung beantragen. Dem Bezirk stehen hierfür 73.000 Euro zur Verfügung. Es sollen die Aufwertung und Verbesserung von Schulen, Sportflächen, Kitas, Jugendclubs, Spielplätzen, Senioren- und Stadtteilzentren, Nachbarschaftstreffs, Selbsthilfekontaktstellen, öffentlichen

## **Kurz aus dem Kiez**

Straßen und Plätzen sowie Grünflächen gefördert werden. Anträge sind an das Büro des Bezirksbürgermeisters im Rathaus Pankow, Breite Straße 24A-26, 13187 Berlin zu richten.

### > **Zeitzeugen gesucht**

Das Schulgebäude der ehemaligen Karl-Friedrich-Schinkel-Schule an der Erich-Weinert-Straße wird 100 Jahre alt. In einem Schulprojekt soll die Geschichte des Hauses erforscht werden. Dazu werden ehemalige Schüler und Lehrer, Fotos oder Dokumente der Schinkel-gesucht.

### > **Jugendkunstschule wiedereröffnet**

Nach vierjähriger Sanierung wurde die Jugendkunstschule an der Neuen Schönholzer Straße mit der Premiere des Stücks „Schiffbruch“ wiedereröffnet. Das Theater hat neue Sanitäreinrichtungen bekommen und ist dank des

## **Kurz aus dem Kiez**

Aufzugs auch für Behinderte erreichbar. Drei Kinder- und Jugendgruppen nutzen die Bühne mit dem gut ausgestatteten Technikraum.

### > **Neue Integrationsbeauftragte**

Neue Pankower Integrationsbeauftragte ist die Politikwissenschaftlerin Katarina Niewiedzial. Die gebürtige Polin lebt mit ihrer Familie seit fünf Jahren in Pankow. Die Integrationsbeauftragte setzt sich für die Belange von Migrantinnen und Migranten im Bezirk ein.

### > **Sporthalle fertig**

Die denkmalgerecht sanierte Sporthalle des Carl-von-Ossietzky-Gymnasiums in der Görschstraße 42-44 wurde nach zehn Monaten Bauzeit wieder in Betrieb genommen. Erneuert wurden Beleuchtung, Heizung und Fußboden; es wurde Prallschutz aufgebracht und die Akustik verbessert.

# Gerechter Handel statt Freihandel

## > TTIP: Freihandelsabkommen zwischen EU und USA stoppen

Seit Mitte 2013 verhandeln EU und USA über ein Freihandels- und Investitionsabkommen, das sogenannte TTIP. Durch eine Angleichung von Normen



Wachsender Protest gegen das Freihandelsabkommen.

und Standards soll der größte Handelsraum der Welt entstehen. Auf den Verhandlungstisch kommt alles: Finanzmarktregeln, Arbeitnehmerrechte, Umweltstandards und vieles mehr. Konkrete Inhalte werden jedoch geheim gehalten, um „den Verhandlungserfolg nicht zu gefährden“. Wer

geheim verhandelt, hat jedoch etwas zu verbergen! DIE LINKE ist gegen diese Geheimverhandlungen.

Denn Konzerne hebeln die Demokratie aus. Investoren sollen vor Schiedsstellen gegen Staaten klagen können, wenn Gesetze ihre Gewinnerwartungen einschränken. In diesem System der Schiedsgerichtsbarkeit entscheiden keine ordentlichen Gerichte, sondern private, hoch bezahlte Juristen. Das entmachtet die Parlamente.

Öffentliche Dienstleistungen sind in Gefahr. In der Freihandelszone soll die Auftragsvergabe von Kommunen, Ländern und Staaten völlig liberalisiert sein. Bereiche wie Nahverkehr und Wasserver- und -entsorgung und Energie stehen auf dem Wunschzettel großer Versorgungskonzerne.

Urheberrechtsregelungen, wie sie durch die Ablehnung des Antipiraterieabkommens ACTA durch das EU-Parlament vom Tisch schienen, kommen mit TTIP wieder. Meinungsfreiheit und Datenschutz bleiben dabei auf der Strecke.

Die geringfügigen Fortschritte bei der Zählung der Finanzmärkte stehen wieder unter Beschuss. Öffentliche Kulturförderung, Buchpreisbindung, die europäische Filmförderung sollen auf dem Altar des Freihandels geopfert werden.

Bilaterale Freihandelsabkommen verstärken die Armut des globalen Südens.

Wer Fluchtursachen bekämpfen will, braucht gerechte, multilaterale Handelsregelungen.



**Carsten Schatz**  
Mitglied des Abgeordnetenhauses

# Europa geht sozial

## > Mindestlohn muss her

Überall in der Europäischen Union wachsen Arbeitslosigkeit und Armut. Wir wollen in der europäischen Union eine Sozial- und Beschäftigungspolitik die soziale Standards festschreibt. DIE LINKE will eine einheitliche Berechnungsgrundlage für Mindestlöhne, Renten und den Leistungen bei Erwerbslosigkeit. Ihre Höhe soll verbindlich auf mindestens 60 Prozent des Durchschnittseinkommens des jeweiligen Landes festgelegt werden. Nur über diesen Weg gibt es einen Schutz vor ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen und Armut.

Im Rahmen der Arbeitnehmerfreizügigkeit muss darüber hinaus garantiert sein, dass alle Menschen die gleiche Bezahlung am gleichen Ort für gleichwertige Arbeit erhalten. Die bis-

herige Praxis führt zu Lohndumping, deren Opfer besonders EU-Arbeitnehmer werden. erinnert sei hier nur an die Arbeitsverhältnisse in deutschen Fleischfabriken über die in der Presse berichtet wurde.

Auch ist es notwendig, dass der Anspruch auf die Leistungen der sozialen Sicherungssysteme für alle EU-Bürgerinnen und Bürger am jeweiligen Wohnort gilt. Das Grundrecht auf Freizügigkeit muss gegen jede Einschränkung verteidigt werden. Aber der Abbau sozialer Standards in der EU zwingt Menschen zunehmend, ihre



Auch EU-Bürger brauchen existenzsichernde Leistungen.

Herkunftsländer zu verlassen. Auch dem muss Einhalt geboten werden. Ein soziales Europa braucht Freizügigkeit und soziale Absicherung für alle Menschen – überall.



**Elke Breitenbach**  
Mitglied des Abgeordnetenhauses

# Weggewogene Vorschläge

## > jugendnetz-berlin.de

Der Antrag der Linksfraktion, Internetportal und Netserver von »jugendnetz-berlin« zu erhalten und fortzuentwickeln und eben nicht zu einem reinen Jugendportal umzubauen, wurde in den Jugendhilfeausschuss überwiesen. Die Anregung dazu kam aus einer Sitzung eben dieses Ausschusses.

## > Mobil bleiben

Ebenso wichtige Detailfragen wollen die GRÜNEN scheinbar auch zum Antrag der Linksfraktion »Mobile Kinder- und Jugend(sozial)arbeit ermöglichen« klären. Ihr Änderungsantrag, der die Streichung des Wortes »positiv« beinhaltet – wurde mit dem Antrag in den Jugendhilfeausschuss überwiesen, wo das Thema vorher bereits ausführlich beraten wurde.

## > Kieztreff bleibt vorerst

Ohne zuvor Gespräche mit den Initiativen Vorort zu führen, hatte das Bezirksamt die Kündigung der Räume des Kieztreffs im Gleimviertel ausgesprochen. Nun erklärte Stadträtin Zürn-Kasztantowicz (SPD), diese Kündigung sei zurückgenommen worden. Spätestens in einem Jahr ist das Thema wieder virulent. Die Linksfraktion fordert, alternative Räumlichkeiten für die Stadtteilarbeit des renommierten Bürgervereins vorzuschlagen.

## > Kuczynski-Park kann kommen

In seiner März-Sitzung hat der Kulturausschuss eine Empfehlung an das Bezirksamt beschlossen. Danach soll die Grünfläche am Kreuzpfuhl den Namen Jürgen-Kuczynski-Park erhalten. Zur Benennung, die das Bezirksamt jetzt in die Wege leiten soll, erfolgt auch die Aufstellung einer erläuternden Gedenktafel.

## > Öffentliche Erörterung zum Thälmannpark

Am 9. April lud das Bezirksamt zur Erörterung von Hinweisen und Einwänden ein, die Bürger im Rahmen der Untersuchung zu einem städtebaulichen Leitbild für das Quartier um den Thälmannpark eingereicht hatten. Aus über 60 Bürgervoten wurden 236 Einwände herausgefiltert. In der Veranstaltung wurden sie einzeln aufgerufen und die Bewertung durch das Bezirksamt verlesen. Bei Einwanderung 86 wurde nach fast vier Stunden die Erörterung abgebrochen. Sie soll am 27. Mai fortgesetzt werden.

Für die anwesenden Bürger war unbefriedigend, dass die Einwände ohne Begründung entweder als berücksichtigt deklariert oder abgewiesen wurden. Eine argumentative Auseinandersetzung fand nicht statt. Bezirksstadtrat Kirchner (Grüne) behauptete, dass es nur eine wirkliche Differenz gäbe. Die betreffe die ausgewiesenen Bauflächen an der Bahntrasse und auf den Parkplätzen an der Lilli-Henoch-Straße für ca. 2.000 Wohnungen und seien für das Bezirksamt nicht diskutabel.

Die Anwohnerinitiative und weitere Bürger sprechen sich dagegen für die Schaffung eines Grünzuges entlang der Bahntrasse von der Prenzlauer Allee bis zur Kniprodestraße aus, um so zusammen mit Thälmann- und Anton-Saefkow-Park eine große zusammenhängende Grünfläche zu schaffen. Diese könne für die umliegenden hochverdichteten Kieze mit ihren Defiziten an Freiflächen eine Ausgleichfunktion erfüllen.

Auf die Frage nach den städtebaulichen Gründen für den Bebauungsvorschlag antwortet das Bezirksamt, dass es einen großen Bedarf

an innerstädtischen Wohnungen gäbe. Das würden die steigenden Immobilien- und Mietpreise sowie häufigen Anfragen von Investoren nach Flächen für Wohnungsbau zei-



Thälmann bleibt wohl auf seinem Sockel.

gen. Das Bezirksamt identifiziert offensichtlich *Wohnungsbedarf* mit der *zahlungskräftigen Nachfrage*. Es erliegt der neoliberalen Kampagne, die suggeriert, dass man mit teuren Neubauwohnungen den Mietpreisauftrieb bremsen könne. So machte Kirchner auch kein Hehl aus seinem Missvergnügen über den jüngst vom Landesdenkmalamt beschlossenen Denkmalschutz für das Thälmannparkensemble. Ist doch dieser Bereich damit der immobilienwirtschaftlichen Verwertung durch Neubauten entzogen.



**Michail Nelken**  
Bezirksverordneter

# Ja zu 100% Tempelhof!

## > 25. Mai Volksentscheid

Am 25. Mai ist Wahltag. Neben der Wahl zum EU-Parlament wird auch über die Zukunft des Tempelhofer Feldes abgestimmt. Nach der Schließung des Flughafenbetriebs dient diese einzigartige Fläche dem Ausgleich von Gründefiziten, dem Erhalt des Naturhaushalts (Kaltluftentstehung), der Erholung und Freizeitgestaltung. Außerdem ist er ein Ort des Gedenkens für die Opfer der Nazidiktatur.

Zur Abstimmung steht der Gesetzentwurf der Initiative 100% Tempelhofer Feld, die die Fläche in ihrer Gesamtheit aus den vorgenannten Gründen erhalten will. Das Feld soll weiter den Berlinerinnen und Berlinern gehören und kostenfrei zugänglich sein. Es soll keine Wohn- oder Gewerbebebauung stattfinden. Die Ausstattung mit Bänken, Beleuchtung, sanitären Anlagen und mobilen Bauten sowie das Pflanzen von Bäumen sollen selbstverständlich möglich sein.

Dem Gesetzentwurf der Initiative hat nun die Koalition aus SPD und CDU einen eigenen Gesetzentwurf entgegengestellt.

Von den 310 Hektar Gesamtfläche sollen nur 230 Hektar gesichert werden. Der Rest der landeseigenen Fläche soll an private Investoren verkauft und für Wohnungsbau und Gewerbeansiedlungen genutzt werden.

Auf dem Abstimmungsschein sind zwei Kreuze zu machen: Ja oder Nein für den Vorschlag der Initiative und Ja oder Nein zum Vorschlag der Koalition.

DIE LINKE wirbt für ein Ja zum Gesetzentwurf der Initiative und für ein Nein zu den Plänen des Senats und der Großen Koalition. Denn letztere wollen kommunales Eigentum verkaufen und damit die Immobilienlobby bedienen. Von den 4.700 geplanten Wohnungen



Das ganze Tempelhofer Feld ganz.

sind nur 850 Wohnungen mit einer Nettokaltmiete von 6 bis 8,50 Euro je m<sup>2</sup> als Einstiegsmietete geplant. Für den Großteil der Wohnungen wird mit einer Nettokaltmiete von 15 Euro und mehr pro m<sup>2</sup> gerechnet. In Berlin werden jedoch 121.000 Wohnungen zu einem Preis von unter 5 Euro nettokalt je m<sup>2</sup> gebraucht. Die hohen Mieten würden berlinweit zu weiteren Steigerungen im Mietspiegel führen. Die Kosten für die Erschließung des Tempelhofer Feldes hätte die Allgemeinheit zu tragen. Mit der Bebauung des Tempelhofer Feldes werden die Wohnungsprobleme der Stadt jedenfalls nicht gelöst.

*Delia Hinz*

## ★ wann was wo ★ wann was wo ★ wann was wo ★ wann was wo ★

**6. Mai • 19 Uhr „Syriza ante portas – Wie weiter in Griechenland?“**, Diskussion / Vortrag, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Salon, Franz-Mehring-Platz 1

**10./11. Mai • Bundesparteitag der LINKEN** im Velodrom, Paul-Heyse-Str. 26

**12. Mai • 18 Uhr Fraktionssitzung der Linksfraktion** in der BVV im Fraktionszimmer

- **19 Uhr Sitzung des Bezirksvorstandes der LINKEN Pankow** in der Regionalgeschäftsstelle
- **19 Uhr Treffen der LAG Netzpolitik im Wahlkreisbüro von Halina Wawzyaniak**, Franz-Mehringplatz 8 (Kreuzberg)

**14. Mai • 18 Uhr „Das Zwangslager für Sinti und Roma in Berlin-Marzahn“**, Buchvorstellung, Bezirksmuseum Marzahn-Hellersdorf, Alt-Marzahn 51

**15. Mai • 14.30 Uhr Bürgersprechstunde vom Elke Breitenbach (MdB) im Amtshaus Buchholz**, Berliner Str. 24

**17. Mai • 14 Uhr „Fete bei Käthe“**, Kinderfest auf dem Kollwitzplatz mit Kletterturm, Bastel- und Spielmöglichkeiten, Helmut, dem Zauberer und Puppentheater

**19. Mai • 18 Uhr „Das Freihandelsabkommen zwischen EU und USA – Gefahren für Demokratie und Sozialstaat“**, Diskussion mit Thomas Nord (MdB) im Hotel Alt-Karow, Alt Karow 2

**20. Mai • 10 Uhr Das stärkste Signal ist die konsequente Abrüstung - Über Auslandseinsätze und Waffenexporte der BRD**, Diskussion / Vortrag mit Jan van Aken (MdB, Außenpolitischer Sprecher der Linksfraktion im Bundestag), Karl-Liebknecht-Haus, Kleine Alexanderstraße 28

**DIE LINKE.**  
Bezirksverband Pankow

Fennstraße 2, 13347 Berlin  
(S Wedding / U Reinickendorfer Str.)

Tel.: 030 440 17 780

Fax: 030 440 17 781

bezirk@die-linke-pankow.de

**Linksfraktion in der BVV Pankow**

Bezirksamt  
Fröbelstr. 17, Haus 7, Raum 109

Tel: 030 42 02 08 73

Fax: 030 42 02 08 74

kontakt@linksfraktion-pankow.de



# Stammtisch

## > Aufgepasst, Europa

„Pass ma uff, hier kommt DIE LINKE“, scherzt Manfred, als er die Gaststube betritt, in Richtung Wirtin. Hinter ihm drängen Kurt, Dieter und Wolfgang herein. Aus dem Zapfhahn fließt das Bier, „gebraut nach deutschem Reinheitsgebot“. „Wer weiß, was da eines Tages für Plärre rauskommt, wenn die EU das Freihandelsabkommen mit den USA unterzeichnet“, sinniert Wolfgang nach einem großen Schluck aus dem Glas. „Ach Europa“, stöhnt Kurt mit Blick auf Wolfgangs Bierdurst, „da will ooch nur jeder ´nen großen Schluck aus der Pulle“. Dieter widerspricht: „Ick finde det jut, dass so velle Länder in die EU sind, ein Europa ohne Grenzen ist doch ´ne prima Sache.“ Wolfgang wiegt schwer seinen Kopf. „Ist doch komisch, die einen, wie Albanien

oder die Türkei, wollen jerne rin, werden aber nich jelassen, und andere, die sie in der EU jern dabei hätten, wie Norwegen, die Schweiz oder Island, wehren sich hartnäckig. Ick will ja nicht unken, aba vielleicht jeht`s gar nicht so sehr um die Menschen sondern bloß um dit Jeld?“ „Na am 25. Mai geht`s erst mal um unsere Stimme, da wird das Europaparlament gewählt“, weiß Manfred.

„Pass uff“, raunzt Kurt den wild gestikulierenden Manfred an, als die Wirtin mit einer neuen Runde an den Tisch kommt. „Jenau“ antwortet der, „ick werde die wählen, die uffpassen, dass Europa friedlich bleibt, endlich sozialer wird und natürlich demokratischer“. „Dit“, so Manfred und hebt sein Glas, „ist mein Wählerversprechen“!

HaSe

## Impressum

Herausgeber: DIE LINKE.  
 Bezirksvorstand Berlin Pankow  
 Fennstraße 2, 13347 Berlin  
 Fon 44 01 77 80 / Fax 44 01 77 81

www.die-linke-pankow.de  
 redaktion@die-linke-pankow.de

V.i.S.d.P.: Katina Schubert

Redaktionsschluß: 17. April 2014  
 Satz+Druck: Bunter Hund, Berlin  
 Auflage: 4.500

Die nächste Ausgabe der extraDrei erscheint am 16. Juni 2014.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig bearbeitet.

Fotos: Frank Schwarz, Torsten Zopf, Kathi und Hartmut Seefeld, Michael van der Meer, Matthias Zarbock, Sandra Kaliga, Sandra Brunner

Die **extraDrei** braucht Spenden!  
 Empfänger: DIE LINKE Berlin  
 Konto-Nr.: 43 84 81 68 00  
 BLZ: 100 200 00  
 Verwendungszweck: 810-505

## SUDOKU

mittel

Vitamine für's Gehirn

schwer

6			8					
	8	9			7			
	5			1				
4		2	7	6		1		8
5			1	2	9			
	6	1	4			3	2	
								7
	4					6		
	7	3						

		3	4					1
	7	2	6					5
	9		8	5		4		
	3	8				6		
	1		3					
5								3
								5
7								2
			1		2			9

Jedes SUDOKU-Spielfeld besteht aus neun Quadraten, die jeweils in neun Felder eingeteilt sind. Insgesamt also 81 Kästchen, in die die Ziffern von eins bis neun einzutragen sind. In jeder Zeile und in jeder Spalte sowie in jedem Quadrat, einschließlich der vorgegebenen Zahlen, dürfen die Zahlen 1 bis 9 nur einmal vorkommen.